

Mitteilung über die Erhebung von personenbezogenen Daten
gemäß Artikel 13 und 14
der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates
vom 27. April 2016
zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener
Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG
(Datenschutz-Grundverordnung)

Zur Bearbeitung Ihrer Anfrage bzw. Ihres Widerspruches oder Ihrer Klage (im Folgenden: Ihres Anliegens) verarbeitet der Magistrat der Stadt Bremerhaven -Rechts- und Versicherungsamt- Ihre personenbezogenen Daten. Daher wird Ihnen in Erfüllung der genannten jeweiligen Verpflichtungen aus Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) Folgendes mitgeteilt:

Verantwortlicher; Art. 13 Abs. 1 lit. a) und 14 Abs. 1 lit. a) DSGVO:

Verantwortlich ist das

Rechts- und Versicherungsamt der Stadt Bremerhaven
-vertreten durch den Amtsleiter-
Stadthaus 1
Hinrich-Schmalfeldt-Straße
27576 Bremerhaven

Postfach 210360
27524 Bremerhaven

Tel. 0 471 590 2512
Fax 0 471 590 2632

rechtsamt@magistrat.bremerhaven.de

Datenschutzbeauftragter; Art. 13 Abs. 1 lit. b) und 14 Abs. 1 lit. b) DSGVO:

Datenschutzbeauftragter ist

Cem Karaman
Stadthaus 2
Hinrich-Schmalfeldt-Straße
27576 Bremerhaven

Postfach 210360
27524 Bremerhaven

Tel. 0 471 590 2081
Fax 0 471 590 2796

cem.karaman@magistrat.bremerhaven.de

Verarbeitungszweck und Rechtsgrundlage: Art. 13 Abs. 1 lit. c) und 14 Abs. 1 lit. c) DSGVO

Zweck der Datenverarbeitung ist es, Ihr Anliegen bearbeiten zu können, also Ihre Anfrage zu beantworten bzw. die von Ihnen erhobenen Ansprüche zu prüfen und je nach Ergebnis der Prüfung die Schadensregulierung abzuwickeln, ihren Widerspruch zu bescheiden und/oder unsere Rechte im Klageverfahren vor Gericht geltend zu machen, durchzusetzen oder zu verteidigen.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. c) und e) DSGVO. Soweit – insbesondere bei Personenschäden – besondere Kategorien personenbezogener Daten (z.B. Gesundheitsdaten) zu verarbeiten sind, ist Rechtsgrundlage Artikel 9 Abs. 2 lit. f) DSGVO.

Empfänger: Art. 13 Abs. 1 lit. e) und 14 Abs. 1 lit. e) DSGVO

Sofern und soweit für die Bearbeitung Ihres Anliegens die Beteiligung Dritter erforderlich ist, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Dritte können sein: IT-Dienstleister, Sachverständige, Dolmetscher/Übersetzer, Rechtsanwälte und/oder andere Organe der Rechtspflege, Sozialversicherungsträger, der nichtrechtsfähige Verein Kommunaler Schadenausgleich Hannover, andere Behörden oder Anstalten oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder, sofern Ihr Anliegen in einen Gerichtsprozess mündet, Gerichte.

Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer: Art. 13 Abs. 2 lit. a) und 14 Abs. 2 lit. a) DSGVO

Ihre Daten werden so lange so lange gespeichert, wie Ihr Anliegen anhängig ist; zusätzlich werden hierbei Verjährungs- und Rechtsbehelfsfristen berücksichtigt. Nach Abschluss des Ihr Anliegen betreffenden Verwaltungs- und/oder Gerichtsverfahrens werden Ihre Daten für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke bis zum Ablauf der für die jeweilige Aufgabenerfüllung bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfrist gespeichert.

Recht auf Auskunft über die personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit: Art. 13 Abs. 2 lit. b) und 14 Abs. 2 lit. c) DSGVO

Sie haben, wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, das Recht auf Auskunft über die betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung oder Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung oder ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit.

Beschwerderecht: Art. 13 Abs. 2 lit. d) und 14 Abs. 2 lit. e) DSGVO

Es besteht ein Beschwerderecht bei der

Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit der Freien Hansestadt Bremen
Arndtstraße 1
27570 Bremerhaven

Tel. 0 471 596 2010 oder 0 421 361 2010

Fax 0 421 496 18495

office@datenschutz.bremen.de

Erforderlichkeit der oder Verpflichtung zur Bereitstellung und Folgen der Nichtbereitstellung: Art. 13 Abs. 2 lit. e) DSGVO

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist weder gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben, noch für einen Vertragsschluss erforderlich, und Sie sind nicht verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen. Die Nichtbereitstellung hätte jedoch zur Folge, dass Ihr Anliegen nicht bearbeitet werden kann.

Kategorien personenbezogener Daten: 14 Abs. 1 lit. d) DSGVO

Datenquelle: 14 Abs. 2 lit. f) DSGVO

Die Informationen gemäß Art. 14 Abs. 1 lit. d) und Abs. 2 lit. f) DSGVO werden Ihnen, sofern diese Vorschriften im Rahmen der Bearbeitung konkret Ihres Anliegens einschlägig sind, individuell schriftlich und gemäß Art. 14 Abs. 3 DSGVO erteilt.

Gemäß Art. 23 DSGVO kann in den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, der Freien Hansestadt Bremen oder der Stadt Bremerhaven vorgesehen sein, dass die vorgenannten Rechte beschränkt werden. Sollten Sie diese Rechte ausüben wollen, wird geprüft, ob die gesetzlichen Voraussetzungen im Einzelfall erfüllt sind.